

Frau Dr. Späthe	Nein
Herr Stahlknecht	Nein
Herr Steinecke	Nein
Herr Steppuhn	Nein
Herr Striegel	Ja
Herr Sturm	Nein
Frau Take	-
Herr Dr. Thiel	Ja
Frau Thiel-Rogée	Ja
Herr Thomas	Nein
Frau Tiedge	Ja
Herr Tögel	Nein
Herr Wagner	Ja
Herr Wanzek	Nein
Herr Weigelt	Nein
Frau Weiß	Nein
Frau Wicke-Scheil	Ja
Herr Wunschinski	Nein
Herr Zimmer	Nein
Frau Zoschke	Ja

#### Präsident Herr Steinecke:

Gibt es jemanden, der seine Stimme noch nicht abgegeben hat und nicht aufgerufen worden ist? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann beenden wir den namentlichen Aufruf und kommen zur Auszählung. Bitte bleiben Sie am Platz. Wir werden das so zügig wie möglich machen.

Meine Damen, meine Herren! Ich kann Ihnen das Abstimmungsergebnis mitteilen: Für den Antrag der LINKEN in der Drs. 6/4731 haben 35 Abgeordnete gestimmt. Gegen den Antrag haben 57 Abgeordnete gestimmt. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Ich komme zu dem Alternativantrag in der Drs. 6/4761. Hierzu ist keine namentliche Abstimmung beantragt worden. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei der Koalition. Wer stimmt dagegen? - DIE LINKE. Wer enthält sich der Stimme? - Die GRÜNEN.

(Zuruf)

- Eine Stimme aus der CDU-Fraktion war dagegen.

(Frau von Angern, DIE LINKE: Wer?)

- Sie sehen doch, wer abgestimmt hat.

Meine Damen und Herren! Damit hat der Alternativantrag die Zustimmung erhalten. Wir können den Tagesordnungspunkt 1 verlassen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Beratung

#### **Freie Berufe - Bewährte Standards zur Sicherung von Qualität, Qualifizierung und Verbraucherschutz erhalten**

Antrag Fraktionen CDU und SPD - **Drs. 6/4748**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Mormann. Herr Mormann von der SPD-Fraktion hat das Wort. Bitte schön.

#### **Herr Mormann (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Hoffnung, dass wir heute bei diesem Thema mit einer gemeinsamen Stimme unsere Meinung, unseren Standpunkt vertreten, haben sich die Koalitionsfraktionen auf den Weg gemacht, diesen Antrag hier heute zu debattieren.

Wir beschäftigen uns heute mit einem europäischen Ansatz, unser Berufszugangssystem infrage zu stellen. Hinter den Schlagworten „Transparenz“ und „Diskriminierungsfreier Zugang zum europäischen Dienstleistungsmarkt“ zeigt die EU-Kommission ernsthafte Zweifel an unserem sich über Jahrhunderte entwickelten System der freien Berufe. So weit darf es nicht kommen.

Meine Damen und Herren! Wie ernst die Lage ist, zeigt, dass die Kommission bereits im Juni 2015 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet hat, weil sie in verbindlich anzuwendenden Mindestgebühren einen Verstoß gegen EU-Recht sieht. Ich bin der festen Überzeugung, dass Europa die Antwort auf viele aktuelle Fragen ist. Aber an dieser Stelle geht dies einfach zu weit.

Subsidiarität in Europa bedeutet für mich, dass Aufgaben dort angepackt werden sollten, wo sie am besten politisch zu lösen sind. Die EU sollte demzufolge auch nur das regeln, was die Städte, Kommunen, Länder oder Staaten nicht besser selbst regeln können. Wenn wir eines in den letzten Jahrzehnten bewiesen haben, dann das, dass sich das System der freien Berufe bewährt hat, viel mehr als nur bewährt.

Meine Damen und Herren! Deutschlands wirtschaftlicher Wohlstand beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Einsatz seiner Selbständigen. Die Gruppe der freien Berufe ist volkswirtschaftlich eine wichtige Gruppe. Knapp 1,2 Millionen selbstständig tätige Freiberufler erwirtschaften mit mehr als drei Millionen Mitarbeitern mehr als 10 % des Bruttoinlandsprodukts. Allein diese wirtschaftliche Bedeutung macht eine Positionierung, wie die SPD und die CDU dies in ihrem Antrag vorbringen, unausweichlich. Aber nicht nur darin besteht der Mehrwert der freien Berufe.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten messen der Qualitätssicherung in den freien Berufen höchste Bedeutung bei. Sie ist nicht nur für Freiberufler, sondern natürlich auch für deren Kunden notwendig. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Selbstverwaltung der freien Berufe erhalten bleibt.

Wir setzen darauf, dass nicht nur über den Preis ein Vorteil für den Verbraucher geschaffen wird, sondern dass die Qualität im Mittelpunkt stehen muss. Das ist Verbraucherschutz im Reinform.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Gute Arbeit in den freien Berufen lässt sich nicht durch Deregulierung und Liberalisierung erreichen, sondern durch konsequente qualitätssichernde Maßnahmen. Der Ansatz der Deregulierung, der allein die wirtschaftliche Performance im Auge hat und die Frage der Qualität einer Dienstleistung außer Acht lässt, kann nicht die Regel sein. Das wäre keine europäische Politik, das wäre keine deutsche Politik und das wäre erst recht keine sozialdemokratische Politik.

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung muss gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission verdeutlichen, dass bei der vorgesehenen Evaluierung dem Erhalt bestehender, bewährter und funktionaler Systeme Rechnung getragen wird. Das über Jahrzehnte gewachsene System der Selbstverwaltung sowie die Qualität der Berufsausbildung im Bereich der freien Berufe sind zu achten und weiter zu fördern.

Das deutsche System der freien Berufe hat sich in den vielen Jahren seiner Existenz mehr als bewährt. Das deutsche Berufssystem steht in großem Maß für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Ich freue mich nun auf die Diskussion und hoffe sehr, dass wir im Interesse der freien Berufe - seien es nun Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte oder Steuerberater -, aber eben auch im Interesse unserer Verbraucherinnen und Verbraucher am Ende einen breiten gemeinsamen Nenner finden. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Das ging ja fix. Herzlichen Dank für die Einbringung, Herr Mormann. - Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Minister Möllring das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

#### **Herr Möllring, Minister für Wissenschaft und Wirtschaft:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Mormann hat es schon gesagt: Freiberufler sind ein unverzichtbarer Teil des Mittelstandes in diesem Land. Die Selbst-

ständigen und ihre Angestellten stehen für etwa 100 000 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt - Herr Mormann hat die deutschlandweite Zahl genannt - und erwirtschaften ein Zehntel des Bruttoinlandsproduktes.

Die hohe Anzahl von Freiberuflern belegt die besondere Bedeutung der freien Berufe für unseren Mittelstand. Kurz gesagt: Freiberufler haben in Sachsen-Anhalt einen großen Anteil an der Wirtschaftskraft. Sie geben wichtige Impulse für Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung. Architekten, Ingenieure, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte usw. stehen für eine lebendige Unternehmenskultur.

Das alles darf nicht gefährdet werden. Deshalb lehnen wir die Pläne der Europäischen Kommission zur Aufweichung der in Deutschland geltenden Regelungen zum Berufszugang und zur Berufsausübung ab.

Gute Arbeit in den freien Berufen lässt sich nicht durch Deregulierung oder Vereinheitlichung erreichen, sondern nur durch konsequente qualitätssichernde Maßnahmen. Ziel ist es deshalb, die hohen Qualitätsstandards in dem sich ständig verschärfenden wirtschaftlichen Wettbewerb als strukturellen Wettbewerbsvorteil zu bewahren.

Wer eine freiberufliche Tätigkeit nachfragt, der darf zu Recht erwarten, dass er mit Kompetenz, Unabhängigkeit und hohen Qualitätsstandards versorgt wird. Das muss so bleiben.

Die von der Europäischen Kommission angestrebte europäische Vereinheitlichung würde diesen Standard gefährden. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, das gut funktionierende System der freien Berufe zu erhalten. Das gilt sowohl für den Berufszugang als auch für die Berufsausübung und das gilt eben auch - Herr Mormann hat es eben angesprochen - für die Selbstverwaltung durch die Kammern, für die Qualität der dualen Berufsausbildung und für eine angemessene Vergütung.

Der bestehende Rechtsrahmen für den Berufszugang und für die Berufsausübung in den freien Berufen fügt sich zu einem Gesamtsystem zusammen, das strikt auf Qualität der Leistung ausgerichtet ist. Das nützt dem Verbraucher und damit auch der Allgemeinheit.

Lassen Sie mich noch auf zwei Kritikpunkte der Europäischen Kommission ganz besonders eingehen: erstens die Kosten- und Honorarordnungen, zweitens das deutsche Fremdkapitalverbot.

Zum ersten Punkt. Die Europäische Kommission will die Kosten- und Honorarordnungen am liebsten abschaffen und öffnet damit einem Preiswettbewerb auf Kosten der Qualität Tor und Tür. Das sollten wir verhindern. Unser Vergütungssys-

tem hat sich bewährt. Es sorgt für objektive und transparente Kostenberechnungen und schützt die Verbraucher auch vor ruinösen Honorarforderungen.

(Zustimmung von Herrn Gürth, CDU)

Zum zweiten Punkt. Auch das deutsche Fremdkapitalverbot darf nicht infrage gestellt werden. Es verhindert nämlich Interessenkonflikte zwischen Gewinnerwartungen von Kapitalgebern auf der einen Seite und den Interessen der Kunden auf der anderen Seite. Das Fremdkapitalverbot sichert die Unabhängigkeit der Berufsausübung und stärkt so den Verbraucherschutz.

Deshalb kann ich Ihnen hier zusagen, dass wir uns sowohl im Bundesrat als auch direkt in Brüssel weiter für die freien Berufe starkmachen und dafür einsetzen werden, dass der heute in Deutschland bestehende Rechtsrahmen erhalten bleibt. Statt ein solches Erfolgsmodell durch Gleichmacherei zu gefährden, sollte man es lieber in andere Länder exportieren. Das gilt - das betone ich - sowohl für den Berufszugang als auch für die Berufsausübung, für die Selbstverwaltung aus Kammern und Verbänden, für die Kosten- und Honorarordnungen, für das Berufsrecht der Freiberufler sowie für das Fremdkapitalverbot. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Herzlichen Dank, Herr Minister, für Ihren Beitrag. - Wir kommen zu den verabredeten Fünfminutenbeiträgen. DIE LINKE hat das Wort. Herr Dr. Thiel, bitte.

#### **Herr Dr. Thiel (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kunden der freien Berufe! Die Europäische Kommission hat einen Antrag zur Evaluierung der Berufszugangsregeln im Oktober 2013 in den Mitgliedstaaten in Umlauf gebracht, dessen Anliegen nun auch als einen der letzten den Landtag von Sachsen-Anhalt erreicht. Bereits im vorigen Jahr gab es intensive Debatten in anderen Landtagen, im Bundesrat - übrigens auch mit Stimmen unserer Landesregierung - und auch im Bundestag zu diesem durchaus sehr wichtigen Thema.

Aber offenbar ist die Stimme Sachsen-Anhalts noch nicht richtig wahrgenommen worden. Nun wird auf den letzten Metern dieser Regierung noch ein Auftrag zur Reaktion erteilt, der eigentlich schon erledigt ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die inhaltlichen Botschaften Ihres Antrages sind ziemlich holzschnitt-

artig. Einfach Konzepte von Lobbygruppen zu übernehmen, reicht eben nicht aus.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Frau Wicke-Scheil, GRÜNE)

Denn natürlich verkennt die Kommission nicht, dass es länderspezifische Regelungen geben muss. Natürlich verkennt die Kommission in ihrem Evaluierungsauftrag nicht, dass Beschränkungen beim Zugang zu freien Berufen und bei deren Ausübung allenfalls zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor unqualifizierten Dienstleistungserbringern erfolgen, ohne damit den freien Zugang und die Berufsausübung von Personen aus anderen Mitgliedstaaten unionsrechtswidrig auszuschließen oder zu behindern. Aber sie fragt, wie auf neue Entwicklungen zu antworten ist.

Unsere Fraktion ist selbstverständlich für den Erhalt der hohen Qualität der freien Berufe und deren Unabhängigkeit. Freie Berufe und auch das Handwerk sind ein wichtiger Teil der modernen Dienstleistungsgesellschaft. Weil diese Dienstleistungen ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen dem Dienstleister und dem Kunden voraussetzen - zum Beispiel zwischen Arzt und Patient oder zwischen Rechtsanwalt und Mandant -, sind hohe Anforderungen an die persönliche Eignung notwendig. Die Kosten- und Honorarordnungen sichern zudem, dass es einen Qualitäts- und nicht einen Preiswettbewerb gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

EU-Bestrebungen, die bestehenden Regelungen über die Ausübung freier Berufe zu kippen, lehnen wir ab.

Aber, meine Damen und Herren, Gebühren- und Honorarordnungen sind von Zeit zu Zeit zu aktualisieren, um neue Entwicklungen und Herausforderungen zu berücksichtigen. Das ist doch unstrittig. Auch wir sind für ein qualitätsorientiertes Leistungsbewertungssystem und nicht für Vergütungen, die sich primär dem Preiswettbewerb fügen. Vernünftige Honorarordnungen sind für die freien Berufe genauso wichtig wie gute Tarife für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ähnliches gilt übrigens auch für Mindesteinkommen für Existenzgründer oder Soloselbständige. Auch sind bestimmte staatliche Regelmechanismen notwendig; denn freie Berufe sind nicht mehr geschützt, wenn sie dem Markt allein überlassen werden.

Aber, meine Damen und Herren, es entwickeln sich auch neue Berufsbilder. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung gilt es mehr und mehr, dies zu berücksichtigen.

In der Evaluierungsphase wäre Gelegenheit, die Handwerksnovelle von 2004 auf den Prüfstand zu

stellen, mit der die Meisterpflicht für 53 Gewerke aufgehoben wurde. Wir sollten nämlich auch die Kehrseite der Medaille beleuchten;

(Zustimmung von Herrn Czeke, DIE LINKE)

denn in diesen Gewerken gibt es jetzt viele Soloselbständige mit geringer Wettbewerbsfähigkeit, wenig Personal und kaum Auszubildenden.

Meine Damen und Herren! Beizubehalten sind auf jeden Fall das System der dualen Ausbildung und der Meisterbrief. Darauf haben wir uns in diesem Landtag mehr als einmal verständigt und wir haben klare Beschlüsse dazu gefasst.

Wir kritisieren, dass sich Ihr Antrag ausschließlich an die Bundes- und die europäische Ebene richtet. Auch im Lande selbst ist der Dialog mit den Interessenverbänden über notwendige Veränderungen kontinuierlich fortzuführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Fraktion DIE LINKE muss in dieser Frage dieser Regierung keinen Auftrag mehr erteilen. Denn die Messen in Richtung Brüssel sind alle schon gesungen; bis Januar sind die Evaluierungen abzuschließen. Trotzdem werden wir Ihren Antrag nicht ablehnen, sondern uns der Stimme enthalten, weil die Auflistung dessen, was der Landtag zu reglementierten Berufen alles beschließen soll, eine Mischung aus richtigen Feststellungen und dem Festhalten an starren Regeln beinhaltet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Herzlichen Dank, Herr Dr. Thiel, für Ihren Beitrag. - Für die CDU erteile ich jetzt dem Abgeordneten Herrn Thomas das Wort. Bitte schön.

#### **Herr Thomas (CDU):**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Zunächst freut es mich außerordentlich, dass wir uns heute, auf der vorletzten Sitzung der aktuellen Legislaturperiode, noch einmal mit diesem Thema beschäftigen. Das Thema „Freie Berufe“ ist bei Weitem nicht so einfach, wie es sich vielleicht liest; denn es geht hierbei um nichts anderes als um die Zukunft der freien Berufe in Deutschland und auch um die Zukunft der freien Berufe in Sachsen-Anhalt. Es geht um bewährte Standards, es geht um Qualifizierung, um Ausbildung und nicht zuletzt auch um den Verbraucherschutz.

Das ist in der Tat ein wichtiges Thema. Ich sage das nicht nur, weil ich selbst von Hause aus Freiberufler bin, sondern auch, weil es ein hohes Interesse unter den Freiberuflern gibt. Es freut mich deswegen ganz besonders, dass wir mit der Präsidentin Frau Meisel und dem Geschäftsführer

Herrn Kruppa zwei maßgebliche Vertreter des Landesverbandes der Freien Berufe heute hier begrüßen können. Auch das zeugt von dem großen Interesse, das man der heutigen Debatte beimisst.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich freue mich auch, dass unser Koalitionspartner unseren Antrag mit eingebracht hat. Das zeigt, dass wir bis zum Schluss handlungsfähig sind und erkennen, was wichtig ist.

Herr Thiel, Sie sprachen von „letzten Metern“. Wir sind aber eigentlich auf den ersten Metern, wenn es um die Novellierung dieser Angelegenheiten geht; denn es handelt sich um einen dynamischen Prozess. Auch Sie hätten die Möglichkeit gehabt, zu gegebener Zeit hier mit einem entsprechenden Antrag zu glänzen. Das haben Sie nicht getan. Überlegen Sie, ob Sie heute nicht vielleicht doch unseren Antrag im Sinne der freien Berufe unterstützen können.

Meine Damen und Herren! Die Europäische Kommission hat im Jahr 2011 einen Vorschlag zur Modernisierung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vorgelegt. Die Umsetzung in nationales Recht hatte bis zum 18. Januar 2016 zu erfolgen. Diese Frist ist also bereits verstrichen.

Grundsätzlich ist die Absicht der Kommission zu begrüßen, den Binnenmarkt zu stärken und die Mobilität der Arbeitnehmer zu erleichtern. Aus deutscher Sicht ist gleichzeitig hervorzuheben, dass nur eine sehr gute Qualität der Dienstleistungen den Binnenmarkt und die Innovationsstärke Europas wirklich unterstützen kann.

Meine Damen und Herren! Für den Bürger ist der Verbraucherschutz das entscheidende Kriterium für die Akzeptanz europäischer Regelungen. Dabei ist die zentrale Herausforderung für uns, das richtige Verhältnis zwischen der Regulierung und der Harmonisierung der Märkte zu finden. In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, dass die anerkannt hohe Qualität der deutschen Produkte und Dienstleistungen erhalten bleibt - nein, mehr sogar: zum Maßstab für ganz Europa wird.

Genau aus diesen Gründen wollen und müssen wir mit Außenmaß den Leistungs- und Qualitätswettbewerb im deutschen Mittelstand und in unserem speziellen Fall der freien Berufe fördern.

Nicht nur laut Statistik haben die freien Berufe eine wichtige ökonomische Bedeutung, die sich anhand aktueller Zahlen von 2015 weiterhin sehr positiv darstellen lässt.

Ich möchte Ihnen das an drei Beispielen verdeutlichen: Wir haben einen Zuwachs in diesem Bereich bei den Selbständigen um 3,5 % deutschlandweit, wir haben deutschlandweit 4,8 Millionen Menschen, die als Selbständige oder Beschäftigte

in den freien Berufen tätig sind und - das halte ich für ganz wichtig, weil es ein neuer Höchststand ist - wir haben in diesem Bereich 122 000 Auszubildende. Das Ganze zusammen erwirtschaftet einen Jahresumsatz von 381 Milliarden €.

Vor allem aber sind die Dienstleistungen und Produkte der freien Berufe ein beispielhafter Ausdruck des hohen Standards „Made in Germany“. Damit tragen die freien Berufe - ob Ärzte, Hebammen, Psychologen oder Rechtsanwälte - wesentlich zur Wirtschaftskraft unseres Landes, aber auch Europas bei.

Sie werden bei uns in der CDU-Fraktion, aber auch bei den freien Berufen niemanden finden, der sich einer vernünftigen Modernisierung verschließt, erst recht nicht, wenn sie das Gemeinwohl im Auge behält. Deshalb müssen wir darauf achten, dass nicht an sensiblen Stellen die Weichen falsch gestellt werden. Bewährte Standards im Handwerk und in den freien Berufen müssen in einem zukunftsfesten europäischen Binnenmarkt erhalten bleiben.

Das EU-Parlament fordert dies für die transatlantischen Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA ganz selbstverständlich ein. Also verlangen wir auch, dass diese über Jahrzehnte gewachsene Struktur, die so einmalig ist auf der Welt, erhalten bleibt und im Sinne der Sicherung hoher Qualität ausgebaut wird. An dieser Stelle muss sich nicht Deutschland anpassen, sondern Europa.

Das ist aus unserer Sicht eine ganz klare Angelegenheit. Deutschland hat ausgezeichnete Strukturen in der beruflichen Bildung. Der Berufszugang, der bei uns an die Qualifikation und an die handwerkliche Ausbildung gebunden ist, ist vorbildlich in der EU.

Deshalb müssen wir, meine Damen und Herren, diese positiven Aspekte betonen, und sie müssen auch mit entsprechend statistischen Zahlen belegt werden. Aus diesem Grund verfolgen wir mit unserem Antrag das Ziel, die hohen Qualitätsstandards bei den freien Berufen, die über Regelungen im Berufszugang erfolgen, zu bewahren.

Eine von der EU-Kommission vorgesehene Aufweichung dieser Zugangsregeln halten wir für inakzeptabel. Dies wäre ein klarer Angriff auf das hohe Qualifikations- und Qualitätsniveau sowie auf den Verbraucherschutz.

Vielmehr stellt die Zulassungspflicht für die freien Berufe und das Handwerk kein Hindernis für die Mobilität von Selbständigen und abhängig Beschäftigten im europäischen Binnenmarkt dar - ich bin auch gleich fertig -, da durch die modernisierte Richtlinie über die Anerkennung ausländischer Berufsqualifizierungen ein entsprechender Marktzugang sichergestellt wird.

Deutsche Berufszugangsregelungen sind nicht zu reglementieren, sondern im Sinne hoher Qualitätsstandards und eines hohen Qualifikationsniveaus herauszuheben.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Herzlichen Dank - Sie haben das Husten gut verstanden - für Ihren Redebeitrag.

Jetzt kommen wir zum Redebeitrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Herr Meister hat das Wort. Bitte schön.

Bevor Herr Meister das Wort erhält, möchte ich die Schülerinnen und Schüler der Seelandschule in Nachterstedt auf der Tribüne begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Meister, jetzt dürfen Sie.

#### **Herr Meister (GRÜNE):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn man sich den Antrag der Koalitionsfraktionen ansieht, kann man den Eindruck gewinnen, es bedarf noch unbedingt der Stellungnahme des Landtages von Sachsen-Anhalt, damit die Bundesregierung auf den rechten Pfad geführt wird.

Eigentlich ist dies nicht der Fall, denn der Bundestag hat bereits im Juli vergangenen Jahres im Sinne des vorliegenden Antrags die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. Aktuell hat gestern der Wirtschaftsausschuss des Bundestages einen Entschließungsantrag Ihrer Fraktionskollegen im Bundestag behandelt. Aber es spricht natürlich nichts dagegen, einen bereits rollenden Wagen mitzuschieben, wenn man ihn noch zu fassen kriegt.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

Auch in anderen Landesparlamenten gab es fraktionsübergreifend ähnliche Anträge.

(Herr Borgwardt, CDU: Das ist für euch generell neu!)

- Total. - Der Tenor ist meist ähnlich, überspitzt gesagt. Die EU-Kommission möchte in das bewährte deutsche System eingreifen, und wir sind aufgerufen, ihr auf die Finger zu klopfen. Auch die Antwort des heute vorliegenden Antrags lautet ähnlich: Die EU-Kommission kann evaluieren, wie sie will, Hauptsache es bleibt alles so, wie es ist.

Kann man es sich so - ich möchte sagen - verführerisch einfach machen? - Ja, kann man, sollte man aber nicht.

Grundsätzlich spricht erst einmal nichts dagegen, auf europäischer Ebene Regeln anzugleichen und

Zugänge für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu erleichtern. Für den Menschen ist es auch ein Stück Verbraucherschutz, wenn klar geregelt ist, nach welchen Bedingungen Menschen aus anderen europäischen Ländern in Sachsen-Anhalt tätig sein können.

Darüber hinaus muss dies nicht zwangsläufig eine Einbahnstraße sein. Denn auch Dienstleister aus Sachsen-Anhalt brauchen bei einer Tätigkeit in anderen europäischen Staaten einen verlässlichen und verständlichen Rechtsrahmen.

Wir haben nachher im Tagesordnungspunkt 9, bei der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen, einen ähnlich gelagerten Fall, bei dem es allerdings weit weniger Diskurs gab.

Worum geht es aktuell? - Die Europäische Kommission hat am 28. Oktober 2015 unter dem Titel „Den Binnenmarkt weiter ausbauen, mehr Chancen für die Menschen und die Unternehmen“ eine Mitteilung vorgelegt, die einen Fahrplan für die Umsetzung der Binnenmarktstrategie darstellt. Mit dieser Initiative sollen unter anderem die Beschränkungen für Architekten, Anwälte, Bauingenieure, Buchprüfer, Fremdenführer, Immobilienmakler und Patentanwälte auf den Prüfstand kommen.

Die Bundesregierung hat damit von der EU-Kommission die Aufgabe bekommen, nachzuweisen, dass die Interessen des Gemeinwohls nur mit den in der Bundesrepublik geltenden Berufsordnungen und Zugangsregelungen gewahrt werden können.

Gerade wenn wir die in Deutschland bewährten Systeme erhalten wollen, müssen wir den Mut haben, sie auf notwendige Veränderungen zu überprüfen. Es kann doch nicht Ihre Überzeugung sein, dass hier überhaupt keine Veränderungen notwendig sind.

Wir brauchen Antworten auf die Frage, wie wir die Dienstleistungsfreiheit in der EU, als eine der vier Grundfreiheiten, so ausgestalten, dass nationale Standards hoch bleiben, und gleichzeitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der EU mobiler werden.

Wir haben auch das Problem, dass Inländer teilweise schwieriger Dienstleistungen erbringen können als Wettbewerber aus der EU. Auch hier benötigen wir dringend umsetzbare Lösungen.

Dem grundsätzlichen Anliegen des Antrags können wir durchaus folgen. Auch wir möchten, dass die legitimen Schutzzwecke, insbesondere Verbraucherschutz und Qualitätssicherung, denen die Regelungen des Berufszugangs und der Berufsausübung dienen, beachtet werden. Dies gilt auch für die in einigen freien Berufen geltenden Honorarordnungen und Kapitalbindungsvorschriften.

Auch in der Bewertung der Bedeutung der Freiberufler für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt gibt es zwischen uns - und ich glaube überhaupt im Haus - keinerlei Dissens. Insgesamt zielt aber der Antrag aus unserer Sicht zu einseitig in die Richtung der EU-Kommission und negiert notwendige Veränderungen an den bestehenden nationalen Regelungen.

Wenn es im Antrag heißt:

„Eine angestrebte europäische Vereinheitlichung der Systeme darf nicht zulasten bestehender Regelungen gehen ...“

heißt das übersetzt, unsere Regelungen sollen genauso bleiben, wie sie sind, und zwar genauso. Die Europäische Union darf sie gerne übernehmen. Das kann man nicht ernsthaft als Forderung postulieren. So funktioniert Europa nicht.

(Herr Thomas, CDU: Doch, kann man!)

Auch in anderen Punkten hat der Antrag so seine Probleme. So, wenn in dem letzten Punkt eine Entscheidung des Bundesrechnungshofs angeführt wird. Gemeint ist sicherlich der Bundesfinanzhof in München, das höchste deutsche Gericht in Steuer- und Zollsachen. Der Bundesrechnungshof prüft Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes. Er wird sich mit dem Fremdkapitalverbot eher nicht befassen.

Das sollten die Antragsteller gegebenenfalls redaktionell korrigieren, sonst wird der Antrag - wenn wir ihn denn beschließen - in Berlin bestenfalls Heiterkeit erregen.

Uns ist der Antrag letztlich zu allgemein und oberflächlich. Kollege Thiel sprach von holzschnittartig, genau. Wir werden uns ebenfalls bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank für Ihren Beitrag. - Dann kommen wir zum Beitrag der SPD. Herr Mormann, Sie haben noch einmal das Wort. Bitte.

#### **Herr Mormann (SPD):**

Werter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut mich zu hören, dass wir im Hause bei diesem Thema alle mehr oder weniger den gleichen Standpunkt vertreten, insbesondere wo es die Koalition, die Opposition und auch das Ministerium gleichermaßen vorgetragen haben.

Lassen Sie mich das noch einmal auf den Punkt bringen. Es darf kein oktroyiertes liberalisierendes System der freien Berufe in Deutschland geben. Eine jahrzehntelange Erfolgsstory, die maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands gehört,

die Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft, die ein Inbegriff von Qualität und Verbraucherschutz darstellt, diese Erfolgsgeschichte darf nicht für eine Liberalisierung des europäischen Marktes aufgegeben werden.

Notwendige Harmonisierungen in einem Europa ohne Grenzen dürfen dabei keine Abwärtsspirale hinsichtlich der freiberuflichen Qualitätssicherung und der Sicherstellung freiberuflicher Qualifikationen zur Folge haben; andersherum wird ein Schuh daraus. Das Ziel muss vielmehr eine Angleichung der Qualitätsforderung in den freien Berufen auf höchstmöglichem Niveau gerade nach dem Vorbild Deutschlands sein.

Leider ist er jetzt nicht im Saal. Lieber Frank Thiel, wenn es Lobbyismus ist, sich für Freiberufler und Verbraucher gleichermaßen einzusetzen, dann lasse auch ich mich dafür gerne als Lobbyist bejubeln.

Meine Damen und Herren! Alles, was Sie und ich heute in der Debatte vorgetragen haben, darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch im Bereich der freien Berufe Aufgaben vor uns liegen. Das fachliche Spektrum der freien Berufe erstreckt sich von den freien heilkundlichen, über rechts- und wirtschaftsberatende, technische und naturwissenschaftliche Berufe bis hin zu den freien Kulturberufen.

Bei aller Unterschiedlichkeit sind die freien Berufe geprägt durch ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit und Professionalität. Gerade beim Sprung ins Informations- und Wissenszeitalter muss Deutschland sich stärker als Selbständigen-Gesellschaft aufstellen.

Meine Damen und Herren! Eine weitere von vielen Herausforderungen für Freiberufler ist überhaupt erst der Schritt in die Selbständigkeit. Für eine Stärkung der Innovationskultur in Deutschland ist aber auch eine nachhaltigere Kultur der Selbständigkeit notwendig.

Deshalb wollen wir auf die Förderung dieses Bereichs in unserer Wirtschaftspolitik ein besonderes Augenmerk legen und bereits in der schulischen und beruflichen Ausbildung mehr junge Menschen für die Selbständigkeit begeistern.

Ich bin in diesem Jahr 25 Jahre selbständig. In diesem Vierteljahrhundert hat sich in dieser Hinsicht schon einiges getan. Grundsätzlich aber brauchen wir mehr Wertschätzung für den Unternehmergeist in unserem Land. Schließlich sind es vielfach die Selbständigen im Bereich der freien Berufe, die als Arbeitgeber für Lohn und Brot sorgen. Vor allen in den kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch in den freien Berufen entstehen die Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze von morgen.

Das zeigt, gerade Unternehmer, und dabei auch diejenigen aus dem Bereich der freien Berufe, sind ein wichtiger Baustein für eine nachhaltige und zukunftssichere wirtschaftliche Entwicklung.

Daher brauchen wir ein enges und ganzheitliches Betreuungs- und Beratungsangebot für Existenzgründerinnen und -gründer und für bestehende Unternehmer. Daher brauchen wir auch kompetente Ansprechpartner für Unternehmerinnen und Unternehmer und Existenzgründerinnen und Existenzgründer in den Verwaltungen. Es muss das Prinzip „ein Unternehmer, ein Ansprechpartner für alle Fragen“ gelten.

Meine Damen und Herren! Ein weiteres Hemmnis beim Schritt in die Selbständigkeit ist die Frage der Finanzierung. Alternative Finanzierungsideen sollten bedacht werden. Notwendig sind jeweils passgenaue Förder- und Unterstützungsangebote seitens des Landes. Wir wollen als SPD einfachere und transparentere Förder- und Finanzierungsinstrumente, wie zum Beispiel niedrigschwellige und zinsgünstige Darlehen und Bürgschaften zur Stärkung der Investitionsförderung, gerade für kleine und mittlere Unternehmen, gerade auch für Freiberufler.

Denkbar wären auch Kleinstkredite, insbesondere für den Bereich der kleinen kreativen Soloselbständigen, handelt es sich doch hier überwiegend um kleine Anschubhilfen und Unterstützung bei der Gründung von geeigneten Plattformen und Netzwerken.

Meine Damen und Herren! Im Interesse der freien Berufe liegt eine Menge an Aufgaben vor uns. Aber im Moment sollte uns hier im Hause einlenken, dass wir die Deregulierungsvorhaben der EU-Kommission verhindern. Ein erster Schritt dazu ist eine deutliche Positionierung dagegen. Das erreichen wir mit der Zustimmung zu dem Ihnen vorliegenden Antrag.

Herr Kollege Meister, wir werden gleich bei der Abstimmung erleben, wer den von Ihnen genannten Wagen zieht und wer wieder einmal das Gleis blockiert. - Ich danke.

(Zustimmung bei der SPD - Unruhe bei den GRÜNEN)

#### **Präsident Herr Steinecke:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mormann. - Ich frage: Gibt es noch weitere Diskussionsbeiträge? - Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Eine Überweisung ist nicht beantragt worden, wir können direkt abstimmen.

Wir stimmen jetzt ab über den Antrag in Drs. 6/4748. Wer dem seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Zustimmung bei der Koalition. Wer lehnt ab? - Keiner. Wer ent-

hält sich der Stimme? - Enthaltungen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Meine Damen und Herren! Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt und abgeschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung

**Der Weg zum Abitur in Sachsen-Anhalt - Karriereverläufe der Schülerinnen und Schüler**

Große Anfrage Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 6/4178**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 6/4393**

Entsprechend unserer Geschäftsordnung haben wir eine Debattenstruktur D gewählt: CDU zwölf Minuten, DIE LINKE neun Minuten, SPD acht Minuten, GRÜNE vier Minuten Redezeit. - Ich erteile jetzt der Fragestellerin das Wort. Frau Professor Dalbert, Sie können einführen. Bitte schön.

**Frau Prof. Dr. Dalbert (GRÜNE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Anlass für diese Große Anfrage zu den Karrierewegen zum Abitur waren wiederholt Zitate, die wir in den Zeitungen gefunden haben, wie etwa:

„70 % der Schülerinnen und Schüler im 9. Schuljahrgang eines gymnasialen Bildungsgangs legen letztendlich nur das Abitur ab.“

Oder:

„Sachsen-Anhalt hat eine hohe Quote von Schülerinnen und Schülern, die den gymnasialen Bildungsgang nicht erfolgreich absolvieren - Einstieg 45 %/Abschluss 29 %.“

Das sind Zitate, die legen nahe, dass es viele missglückte schulische Karrieren an Gymnasien gibt, oder sie legen auch nahe, es gibt zu viele Kinder an unseren Gymnasien.

Das ist zunächst ernst zu nehmen. Deshalb haben wir gesagt, wir stellen eine Große Anfrage. Wir fragen die Landesregierung nach den genauen Zahlen. Wie sieht es denn mit den Bildungsverläufen der Gymnasialschüler und -schülerinnen aus? Gibt es tatsächlich so viele Probleme?

Die Antwort auf diese Frage ist relativ schnell gegeben. Die Landesregierung weiß nicht, ob das stimmt, weil ihr keine Zahlen zu Schulverläufen vorliegen.

Die Landesregierung beruft sich entschuldigend darauf, dass es dazu der Umstellung der Schulstatistik bedürfe, es die sogenannten pseudoanonymisierten Individualdaten geben müsste, eine Schülernummer - darum geht es da. Wir sehen

das eher kritisch und halten das für datenschutztechnisch bedenklich.

Aber eine Ausrede für mangelnde Forschung zu den Schülerverläufen, Karriereverläufen an den Gymnasien, ist das selbstverständlich nicht. Auch wenn Sie diese pseudoanonymisierten Individualdaten haben, bedarf es dazu einer Forschung. Die Daten sagen Ihnen überhaupt nichts darüber aus, warum zum Beispiel ein junger Mensch das Gymnasium verlässt. Vielleicht wechselt er an ein anderes Gymnasium, vielleicht zieht er um. Da sind der Möglichkeiten viele. Also, Zahlen allein reichen nicht. Man muss schon genau hinschauen.

Viele von Ihnen wissen, dass ich, bevor ich in den Landtag gegangen bin, in einem Bereich tätig war, in dem Längsschnittforschung stattgefunden hat. Ich kann Ihnen versichern, auch ohne pseudoanonymisierte Individualdaten kann man natürlich Längsschnittforschung machen. Die Fachzeitschriften sind voll davon. Es ist schlicht ein Versäumnis der Landesregierung. Sie sollte Forschung ausschreiben, um an dieser Stelle Wissen zu sammeln.

(Zustimmung von Herrn Striegel, GRÜNE)

Dennoch sind natürlich die Antworten auf die Große Anfrage aufschlussreich. - Aber der Reihe nach. Kurz zur Ausgangslage. Es wurden fünf Schuljahrgänge betrachtet, vom Schuljahrgang 2010/11 bis zum Schuljahrgang 2014/15. Interessant ist - das sei nur am Rande bemerkt -, dass wir in diesem Fünfjahreszeitraum 10 000 Schüler und Schülerinnen mehr im Schulsystem haben. - So viel zu den schwindenden Schülerzahlen in unserem Land.

Es sind mehr Mädchen als Jungen im gymnasialen Bildungsgang. 98 % sind im Gymnasium. Insofern werde ich mich in Anbetracht der Zeit auf die Gymnasien beschränken.

Kommen wir als ersten Punkt zu dem vermeintlich so offenen Schulsystem, in dem man flexibel zwischen den Schulformen wechseln kann. Dazu kann man zwei Anmerkungen machen.

Erstens. Nach der sechsten Klasse ist der Zeitpunkt, zu dem es eine größere Aufwärtsmobilität als Abwärtsmobilität gibt, zu dem mehr Schüler und Schülerinnen von der Sekundarschule ans Gymnasium wechseln als umgekehrt vom Gymnasium an die Sekundarschulen abgeschult werden.

Ich finde, das spricht eine klare Sprache für längeres gemeinsames Lernen, wenn man nach der sechsten Klasse signifikant Schüler und Schülerinnen hat, von denen man sagt, sie seien besser auf dem Gymnasium aufgehoben, sie könnten das Abitur ablegen.

Das ist ein klarer Hinweis auf das längere gemeinsame Lernen. Das ist die klare Ansage, dass wir